

Beschluss des Landrats vom 28.11.2019

Nr. 272

6. Kantonsspital Baselland (KSBL): Weiteres Vorgehen nach Ablehnung des Staatsvertrags zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Universitätsspital Nordwest AG (USNW AG) und Wandlung der beiden Darlehen
2019/167; Protokoll: pw, gs

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, der Kommissionsantrag zu diesem Geschäft sei ohne Gegenstimme erfolgt. Es gibt gemäss § 64 Absatz 1^{bis} der Geschäftsordnung eine Eintretensdebatte nur, wenn Eintreten bestritten ist oder wenn sie vom Landrat mit Zweidrittelmehr beschlossen wird. Aufgrund der Bedeutung dieses Geschäfts hat die Geschäftsleitung beschlossen, die Durchführung einer Eintretensdebatte zu beantragen; zu diesem Antrag wird laut Geschäftsordnung keine Diskussion geführt; es wird direkt darüber abgestimmt.

://: Der Landrat stimmt mit 67:21 Stimmen ohne Enthaltungen einer Eintretensdebatte zu (Zweidrittelmehr von 59 Stimmen ist erreicht).

Kommissionspräsident Christof Hiltmann (FDP) führt aus, nachdem die Stimmbürger des Kantons Basel-Stadt die Fusion der beiden Spitäler Kantonsspitals Baselland (KSBL) und des Universitätsspitals Basel (USB) zum Universitätsspital Nordwest AG (USNW AG) abgelehnt hatten, trat der Regierungsrat bald mit dem Anliegen an die VGK und die Finanzkommission heran, die bestehenden Darlehen des Kantons gegenüber dem KSBL von rund CHF 153 Mio. in Eigenkapital umzuwandeln. Dies um das Unternehmen bilanziell und somit finanziell für die Zukunft zu stabilisieren.

Beide Kommissionen, die VGK und die Mitbericht erstattende FIK, waren sich bei der Behandlung der Vorlage letzten Frühling schnell darüber einig, dass über die Vorlage nur in Kenntnis der neuen strategischen Ausrichtung des KSBL beschlossen werden soll. Die VGK hat daraufhin die Sitzungen vor der Sommerpause hauptsächlich dazu genutzt, die prozessuale und inhaltliche Erwartungshaltung der Kommissionsmitglieder an die Strategieentwicklung des KSBL zu diskutieren. Dabei wurde auch – nicht zum ersten Mal – die Kritik laut, dass die strategischen Alternativen zur Fusion nicht schon zum Zeitpunkt der Abstimmung im Februar 2019 vorgelegen hatten. Durch das Fehlen eines Planes B war das Unternehmen unnötigen Unsicherheiten ausgesetzt und es verstrich unnötig viel Zeit. Trotz dieser Kritik zeigte die VGK Bereitschaft, sich stärker als bei Regierungsratsgeschäften üblich in den Ausarbeitungsprozess einer Vorlage einzubringen.

Nachdem der Verwaltungsrat des KSBL die strategischen Optionen ausgearbeitet und veröffentlicht hatte, setzte sich der Regierungsrat mit der Unterstützung eines externen Spitalexperten mit den vorgeschlagenen strategischen Optionen auseinander. Die VGK wurde jeweils über die Schritte des Regierungsrats informiert.

Die VGK empfahl dem Regierungsrat, sie als beratendes Gremium vor dem Regierungsratsbeschluss einzubinden. Der unübliche Vorschlag gründet einerseits auf der ausserordentlichen Tragweite des Strategieentscheids für das KSBL und andererseits aber auch auf dem hohen Zeitdruck, welchem das Unternehmen hinsichtlich der Bereinigung seiner aktuell schwierigen finanziellen Situation ausgesetzt ist. Der Regierungsrat nahm die Empfehlung positiv auf und so wurde die VGK im Rahmen einer ganztägigen Sondersitzung in die Details der Varianten, insbesondere der favorisierten strategischen Option, eingeweiht. Sämtliche der auch der Öffentlichkeit bekannten Varianten wurden anhand verschiedener Kriterien auf ihre Vor- und Nachteile hin bewertet. Dabei beurteilte der externe Experte, im Sinne einer «second opinion», die Varianten sowohl aus einer eigenen als auch aus einer Unternehmer-Sicht. Die aus eigener Sicht untersuchten Dimensionen

waren Wettbewerb, Wirtschaftlichkeit, Umsetzung, medizinische Versorgungsqualität, Risiken und Machbarkeit. Aus Unternehmenssicht wurden die Varianten in den Dimensionen Kunden, Stakeholder, Prozess, Finanzen und Potential beurteilt. Bei beiden Bewertungen erzielte die Strategie «Fokus» das beste Ergebnis. Die Mitglieder der VGK empfanden die Darlegungen und Erklärungen als nachvollziehbar und schlüssig. Im Verständnis, dass das KSBL als Unternehmen der öffentlichen Hand teilweise anderen Sachzwängen und Rahmenbedingungen ausgesetzt ist als private Anbieter, wurde die von Verwaltungs- und Regierungsrat favorisierte Strategie mit dem Namen «Fokus» einer kritischen Diskussion unterzogen. Dabei ergaben sich einige offene Fragen, unter anderem zum geplanten orthopädischen Angebot und zum Turmrückbau auf dem Bruderholz oder zum Ausbau in Liestal. Begrüsst wurde, dass mit der vorgeschlagenen Strategie das Angebot des KSBL geschärft, gestrafft und redimensioniert wird. Es wurde auch positiv zur Kenntnis genommen, dass eine Lösung zum Spital Laufen in Aussicht steht, dass der Kanton gemäss Businessplan keine zusätzlichen finanziellen Mittel einschiessen muss, dass die Kooperationen aufgegleist wurden und dass eine weitergehende Vision als die vorliegende Strategie nicht verbaut wurde. Die VGK gelangte am Ende daher einstimmig zur Empfehlung an den Regierungsrat, die Strategie «Fokus» zur Umsetzung zu bringen.

In diesem Zusammenhang wird nun als erster Schritt über die Wandlung des Kantonsdarlehens gegenüber dem KSBL befunden. Dies mit dem klaren Ziel, mit diesem Beschluss seitens Landrat das grundsätzliche «go» oder «no go» für die Strategie «Fokus» zu geben. Die Mitbericht erstattende Finanzkommission sieht mit dem Vorliegen des Strategievorschlags die Grundlage gegeben, um über die Wandlung zu beschliessen. Sie hat entsprechend aus finanzpolitischer Sicht keinen Vorbehalt mehr gegen die beantragte Darlehenswandlung. Die VGK schliesst sich dieser Haltung an und hat auf Basis der Strategie «Fokus» der Umwandlung des Kantonsdarlehens in Eigenkapital des KSBL einstimmig zugestimmt.

Allerdings wurde nachträglich festgestellt, dass es für diesen Beschluss formal eine weitere Beschlussziffer benötigt, die den mit der Wandlung verbundenen Verzicht auf die Zinseinnahmen benennt. Die VGK hat deshalb im Rahmen ihrer letzten Sitzung einen zusätzlichen Antrag zum Landratsbeschluss formuliert und einstimmig beschlossen. Die zwei zusätzlichen Ziffern sollen folgendermassen lauten:

2. Auf die Darlehenszinsen in der Höhe von CHF 19,7 Mio. verteilt über 20 Jahre wird verzichtet.
3. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Finanzreferendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b KV.

– *Eintretensdebatte*

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) äussert einen frommen präsidentalen Wunsch: Es soll keine breite Diskussion über die Strategie des KSBL geführt werden, sondern die Diskussion soll sich aus zeitlichen Gründen auf die Wandlung der beiden Darlehen beschränken.

Lucia Mikeler (SP) sagt, für die Umsetzung der Strategie «Fokus», bei der die erweiterte Grundversorgung am Standort Liestal angeboten wird und die Behandlung des Bewegungsapparates, die Rehabilitation, Alter und Schmerz mit einem ambulanten Zentrum auf dem Bruderholz konzentriert werden, benötigt das KSBL für seine Handlungsfähigkeit dringend die Umwandlung des Darlehens zur Stärkung des Eigenkapitals. Der Kommissionspräsident hat schon ausführlich berichtet.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass mit der «Fokus»-Strategie die Bedürfnisse der Kantonsbevölkerung am besten abgedeckt werden. Die Zeitachse für die Transformationsphase sollte aber nochmals überdacht werden; allenfalls könnten noch Optimierungen einfliessen. Das ist als wichtiges Zeichen für die Planungssicherheit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unerlässlich.

lich. Aus diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats und plädiert für die Annahme der Vorlage.

Peter Brodbeck (SVP) ruft den Ursprung der Darlehen in Erinnerung: Bei der Ausgliederung des Spitals Baselland befanden sich die Liegenschaften noch in den Büchern des Kantons Basel-Landschaft. Da die neue Gesellschaft keine Mittel für die Liegenschaften hatte, wurden diese zu Darlehen. Bald merkte man aber, dass der Betrag von CHF 153 Mio. viel zu hoch ist und die Liegenschaften weniger wert haben. Entsprechend mussten bereits in den ersten Jahren Abschreibungen vorgenommen werden, anstatt die Mittel für zukünftige Aufgaben bereit stellen zu können. Dass die Darlehen nun umgewandelt werden sollen, ist nachvollziehbar, auch unabhängig von der Strategie. Die Finanzkommission als Hüterin der Finanzen hatte jedoch angemerkt, die VGK solle ihren Beschluss zur Darlehensumwandlung erst fassen, wenn sie die Strategie kennt. Deshalb hatte sich die VGK auch mit den Strategien auseinandergesetzt. Sie musste sich ein Bild machen, ob es eher eine Strategie eines Hasardeurs ist, der unkalkulierbare Risiken eingeht, sachliche Analysen nicht hinterfragt und leichtsinnig mit Hab und Gut umgeht; oder ob es eher eine von Rationalität geprägte Strategie ist, die von der Vernunft geführt und auf das zweckgerichtete Denken und Handeln gerichtet ist. Die VGK hatte den Eindruck, dass Letzteres der Fall ist. Die Strategie kann weiter ausgebaut werden und ist in die Zukunft gerichtet. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) sagt, auch wenn hier ein eigentliches Finanzgeschäft behandelt werde, sei das Geschäft nicht vom Vorhandensein einer klaren und plausiblen Strategie für die Zukunft des KSBL zu trennen. Es ist ein klares Quid pro quo: Kein Geld ohne Strategieentscheid. Die VGK hat dies genau so gesehen. Deshalb ist die Landratsdebatte mehr als ein reiner Finanzentscheid, sondern es ist auch ein Signal bezüglich der Zukunft des KSBL sowohl an die Leitung des KSBL als auch an die Mitarbeitenden. Der Redner schickt voraus, die Grüne/EVP-Fraktion werde mit Überzeugung grünes Licht geben, weil die vorgelegte Strategie alle Ingredienzen besitzt, die sie als guten Entscheid bei der momentanen Ausgangslage erscheinen lässt. Sie orientiert sich am Bestehenden, an einer klaren, erweiterten Grundversorgung im Spital Liestal als Hauptstandort und findet mit dem Kernbereich Orthopädie und Rehabilitation eine clevere und flexible Lösung fürs Bruderholzspital. Der maximale Nutzen kann so herausgezogen werden, ohne sich mit dem Bruderholzspital andere zukünftige Möglichkeiten zu verbauen. Die Strategie orientiert sich daran, dass es an den Standorten Liestal und Bruderholz einen Investitions- und Sanierungsbedarf gibt, und ermöglicht gleichzeitig eine Fortführung des Betriebs. Dies scheint ein vernünftiger Weg in die Zukunft zu sein. Sie nimmt auch Rücksicht darauf, was das Spital in den nächsten Jahren aus eigener Kraft finanzieren kann – auch dies ist eine wichtige Bedingung. Zudem führt die Strategie zu einer vernünftigen Redimensionierung des Angebots. 150 Betten werden abgebaut, was für die Gesundheitskosten der Region mittelfristig einen positiven Effekt haben wird. All diese Punkte haben dazu geführt, dass die Grüne/EVP-Fraktion einstimmig der Strategie und damit der Wandlung der Darlehen und dem Darlehenszinsverzicht zustimmen wird.

Angesicht der Bedeutung des Geschäfts erlaubt sich der Redner zwei, drei Worte zur Reflexion des ganzen Prozesses. Bis zur Strategie war es eine schwere Geburt. Im Nachhinein ist man immer klüger. Es wären sicherlich einige froh darüber gewesen, wenn man unmittelbar nach der gescheiterten Fusionsabstimmung schon da gewesen wäre, wo man heute ist. Es dauerte doch sehr lange, und es brauche etliche «Ringelirängeli», um zum jetzigen Punkt zu kommen. In Zukunft sollte man immer mehrgleisig fahren, wenn es um solche Dimensionen geht. Der Plan B, der vom Landrat mehrfach gefordert wurde, hätte viel früher bereit sein müssen.

Aber es gibt auch positive Lehren zu ziehen. Das Gesetz über Public Cooperate Governance hat eine erste Bewährungsprobe bestanden und ein Kernelement hat sich als wertvoll erwiesen. Es war extrem wertvoll, dass der Gesundheitsdirektor nicht im Verwaltungsrat des KSBL sitzt. Es hat

sich ganz klar gezeigt, dass eine Eignerstrategie etwas anderes ist als eine Unternehmensstrategie. Der Regierungsrat hat sich in drei Klausuren Zeit genommen und konnte aus eigener Sicht über die Zukunft ihrer Beteiligung sprechen. Die Eignerführung war von Bedeutung. Für Unternehmen, die sich wie das KSBL in einer Krisensituation befinden, ist dies entscheidend. In dem Sinne dankt der Redner dem Regierungsrat und hofft, dass mit dem heutigen Grundsatzentscheid die Richtung gut vorgegeben ist. Der Entscheid wird das Parlament nicht von der Aufgabe entbinden, weiterhin genau hinzuschauen.

Eine Sorge zum Schluss: Bedingt durch das Nein zur Fusion des USB und des KSBL, wurde der Kanton Basel-Landschaft gezwungen, diesen eigenen Weg zu gehen. Das führt dazu, dass auch das USB wahrscheinlich nicht drum herumkommen wird, über die Bücher zu gehen. Der Redner hält die Pläne des Universitätsspitals für sehr ambitiös, die, je nachdem was man hört, zwischen CHF 1,2 und 1,8 Mrd. an Investitionen bedingen. Die universitäre Spitzenmedizin betrifft letztlich alle und es wird notwendig sein, die universitäre Spitzenmedizin auf neue Grundlagen zu stellen. Vielleicht wird sie nicht mehr alleine auf dem Universitätsspital basieren können. Die Region muss sich darüber klar sein, welche medizinische Spitzenmedizin sie möchte. Die Art und Weise, wie dies nun aber aufgegleist ist, lässt dies als sehr schwierige Aufgabe erscheinen. Die Uniklinik Basel ist die kleinste der Unikliniken in der Schweiz. Für den Pharma-, Life Science- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz spielt es eine Rolle, ob es eine Uniklinik gibt oder nicht.

Sven Inäbnit (FDP) kommt trotz des frommen Wunsches des Landratspräsidenten nicht drum herum, die Strategie zu beleuchten. Die Wandlung des Darlehens ist ein finanztechnisches Geschäft, aber die Grundlage ist die strategische Neuausrichtung. Die VGK hat das Zielkonzept angeschaut und auch gewürdigt. Die Strategie sieht zwei bisherige Standorte vor, die neu unabhängiger funktionieren sollen. Im stationären Bereich sollen ganz klar getrennte Leistungen angeboten werden. Für den Standort Laufen konnte zudem in einem parallel laufenden Prozess eine gute Lösung angestrebt werden, die von den Gemeinden im Laufental getragen wird. Es soll ein modernes, für die Zukunft gut ausgerichtetes, dezentrales Gesundheitszentrum aufgebaut werden. Die Situation des Unternehmens KSBL ist aber brenzlich, sowohl aus Sicht des Unternehmens, der Zuweiser, Patienten und des Eigners. Es handelt sich um eine ausserordentliche Situation, die ausserordentliche Massnahmen braucht. In dem Sinne ist es wichtig, dass nun der Landrat, die Kommission und der Regierungsrat die Verantwortung mittragen, das Unternehmen in eine gesicherte Zukunft zu führen. Die FDP-Fraktion hat damit folgende Ziele verbunden: Eine Sanierung durch eine Kostenreduktion; eine Angebotsanpassung und Effizienzsteigerungen; die Steigerung der Ertragskraft, damit das Unternehmen ohne Unterstützung des Kantons in der Zukunft bestehen kann; die Sicherstellung der Qualität und der Versorgung, wovon es letztendlich immer geht, und die Kooperationsfähigkeit des Spitals.

Die Frage ist nun, ob die neue Strategie, wie man hören und lesen kann, mutlos und ohne Weitsicht oder neuer Wein in alten Schläuchen ist. Das kann man tatsächlich so betrachten und interpretieren. Aus Sicht der Patienten, der Ärzte und der gesamten Belegschaft ist klar, dass ein neues, modernes Spital sexy ist. Massgeschneiderte Abläufe auf dem Reissbrett entworfen, klingen gut. Es gibt nun aber kein neues Spital und auch das Anliegen der FDP, die sich fragt, ob der Kanton überhaupt noch der richtige Eigner ist, konnte mit der vorliegenden Strategie nicht erreicht werden. Aber es muss nun einfach die politische Verantwortung wahrgenommen werden. Es gilt Risiken zu beachten, und diese zu minimieren. Es gibt unternehmerische Risiken, das Spital steht finanziell mit dem Rücken zur Wand; Eignerrisiken; Reputationsrisiken, wenn jetzt nicht gehandelt wird; Planungsrisiken, bei einer Planung, die auf zehn oder fünfzehn Jahre abzielt und viel potentiellen Gegenwind zu erwarten hat; und schliesslich politische Risiken, ob es letztlich eine regional ausgewogene Lösung ist. Dies alles führt zu einer Schnittmenge von Risiken der geplanten Fokussierungsstrategie. Man könnte sie auch Sanierungsstrategie nennen – es geht darum, das Un-

ternehmen fit für die Zukunft zu machen und trotzdem die Optionen offen zu halten. Und dies alles ab 1.1.2020. Es gilt, die Rettung des Unternehmens und die Visionsgebung für die Mitarbeitenden, Patienten und Zuweiser in den Vordergrund zu rücken. Wünschbares soll in den Hintergrund gestellt werden. Deshalb stimmt die FDP-Fraktion der Wandlung des Darlehens in Eigenkapital zu. Es handelt sich um eine Altlast, wie dies Peter Brodbeck aufgezeigt hat.

Allerdings gibt es drei kritische Punkte: Erstens die Orthopädie; es stellt sich die Frage, ob es sich um ein adäquates Angebot handelt, das in der Region in dieser Form vorliegen muss. Zweitens der Rückbau des Areals am Standort Bruderholz, bei dem noch verschiedene Dinge offen sind. Und drittens der Zeitplan: Dieser muss noch optimiert werden, nicht zuletzt aufgrund des Zeitverlusts, den man sich nach der Fusionsabstimmung eingehandelt hat. Die FDP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass nach den wiederholten Äusserungen in der Kommission und im Landrat in den Jahren 2017 und 2018 die Hausaufgaben nicht gemacht wurden. Am Tag der Abstimmung zur Fusion bestand keine klare Vision, wie es mit dem Unternehmen weitergehen soll.

Nebst der Verantwortung, welche die politische Ebene übernehmen muss, gilt es nun auch, dass die operative Führung des KSBL diese wahrnimmt. Mit der Sanierungsstrategie besteht ein Silberstreifen am Horizont, aber eine Garantie gibt es natürlich nicht. Die FDP-Fraktion hofft, dass der Turnaround geschafft wird und dass das Vertrauen in das Unternehmen wieder gestärkt werden kann. Es ist die letzte Möglichkeit. Zuschüsse seitens Kanton wird es keine geben. Die FDP-Fraktion stimmt der Strategie und dem Landratsbeschluss zu und wünscht dem Unternehmen KSBL viel Erfolg bei der Umsetzung, die hoffentlich möglichst rasch an die Hand genommen wird.

Marc Scherrer (CVP) kann dem Wunsch ebenfalls nicht ganz nachkommen, sich nur auf das Finanzgeschäft zu beziehen. Er kann aber vorwegnehmen, dass die CVP/glp-Fraktion mit der Wandlung des Darlehens und der Strategie «Fokus» einverstanden ist. Einverstanden deshalb, weil die Versorgung der Bevölkerung, als erster wichtiger Punkt, mit der Strategie sichergestellt ist. Die demografische Entwicklung ist in der Strategie berücksichtigt. Der zweite wichtige Punkt ist, dass gesundheitspolitische Trends berücksichtigt wurden. Es gibt die Schwerpunkte der einzelnen Standorte. Der dritte Punkt ist der finanzielle Aspekt. Mit der vorliegenden Strategie muss der Kanton hoffentlich keine finanziellen Mittel mehr einschiessen. Wenn es um die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) geht, wird nochmals darüber diskutiert werden müssen, ob die vorhandenen Mittel ausreichen. Dies ist aber nochmals ein etwas anderes Thema. Der Redner ist nicht ganz sicher, ob bis 2025 mit dem Spital wieder eine Rendite erzielt werden kann, oder ob bis 2029 die Marge von mindestens 10 % erreicht wird.

Der Redner hat Mühe damit, dass erst sieben Jahre nach der Fusion der Baselbieter Spitäler die Strategie kommt. Die Braut hätte schon viel früher fit gemacht werden können, als es um die Fusion mit dem USB ging. Die Konzentration der Standorte hätte man schon damals vollziehen können. Eine Kooperation mit der Hirslanden hätte schon früher beginnen können. Diese Themen sollten nicht erst am Schluss, wenn es nicht mehr weitergeht, angegangen werden. Es ist auch nicht erst seit gestern klar, dass das Spital defizitär sein wird. Die Notlage hat sich bereits über die letzten Jahre abgezeichnet. Es ist unerklärlich, weshalb man erst am «Point of no return» zu einer solchen Strategie kommt, zumal diese auch kein Riesenwurf ist.

Der Redner möchte drei Dinge mitgeben, die für die CVP/glp-Fraktion von Bedeutung sind: Erstens ist es wichtig, dass der Verwaltungsrat, der Regierungsrat und der Landrat proaktiver werden. Während der letzten Jahre war man in Bezug auf das KSBL sehr reaktiv. Man muss darauf achten, den Zeitgeist nicht zu verpassen. Die jetzige Strategie passt aufgrund der aktuellen politischen Rahmenbedingungen, es soll aber nicht die abschliessende Strategie sein. Ein zweites Thema ist die Fusion. Die Fusion wurde in Angriff genommen, der Kanton Basel-Stadt hat sie jedoch abgelehnt. Der Redner ist heute noch der Überzeugung, dass die Fusion der richtige Weg gewesen wäre. Betrachtet man den Prozess der Fusion, dann wird klar, dass das Bruderholzspital das

«Pièce de Résistance» war. Nun wird der Bettenturm zurückgebaut, es gibt einen Richtungswechsel von stationär zu ambulant. Es wird also das vollzogen, worauf die Kritik aus dem Kanton Basel-Stadt zielte. Der Redner spricht auch für eine jüngere und nächste Generation, für die es wichtig ist, dass man nun nicht zu sehr auf eine Strategie fokussiert, die eine Umorientierung in zehn oder fünfzehn Jahren verunmöglicht. Es ist ganz wichtig, dass dies bereits heute berücksichtigt und dass das Spital so für die Zukunft fit wird. Der dritte wichtige Punkt ist das Laufental. Der Redner empfiehlt den neuen Landratsmitgliedern, «Laufentalvertrag» zu googeln. Verträge sind grundsätzlich einzuhalten. Es gab eine Laufental-Tagung, an der alle Laufentaler Landräte, Gemeinderäte und Gemeindepräsidenten teilgenommen hatten. Was das Laufental mit dem Gesundheitszentrum gemeinsam mit dem KSBL, dem Regierungsrat und dem Kanton auf die Beine gestellt hat, ist nicht ganz selbstverständlich. Die Laufentaler hätten sich auch auf den Laufentalvertrag berufen und sagen können, das gehe sie alles nichts an, man habe ein Spital zugute. Dies wurde aber nicht getan. Das Laufental hilft dem Kanton also, vorwärtszukommen. Wenn es um die GWL-Diskussion geht, soll nicht vergessen gehen, dass das Laufental einen grossen Schritt gemacht hat und dass auch der Landrat einen Schritt auf das Laufental zugehen muss. Wenn dies nicht geschieht – dies ist keine Drohung, sondern eine reine Feststellung – dann wird es möglicherweise schwierig. Denn die Laufentaler Politiker sind als Botschafter gefordert, das Gesundheitszentrum der Bevölkerung als richtige Lösung zu erklären. Es gibt viele Laufentaler, die noch nicht damit einverstanden sind, und es braucht noch viel Überzeugungsarbeit. Der Redner schaut der GWL-Diskussion optimistisch entgegen.

Lucia Mikeler (SP) ist offensichtlich als einzige dem frommen Wunsch des Landratspräsidenten nachgekommen und muss deshalb jetzt noch etwas zur Strategie sagen. Der Grundsatzentscheid wird eigentlich erst im Rahmen der Änderung des Spitalgesetzes diskutiert.

Auch die SP-Fraktion hatte gewisse Vorbehalte und hatte die Strategie «Fokus» kritisch angeschaut und durchleuchtet. Nicht alle sind hinsichtlich gewisser Bereiche gleicher Meinung. Vor allem geht es auch um das Thema der Kooperation mit privaten Leistungserbringern. Es ist wichtig, dass man die Aufmerksamkeit darauf richtet, dass der Lead weiterhin beim Kanton bleibt und nicht von den privaten Anbietern übernommen wird. Zum Thema Orthopädie: Ein orthopädisches Ambulatorium mit einer Kurzpflagestation wird umgesetzt, das durch Rehabilitation und ein Schmerzzentrum erweitert werden. Die scheint der SP-Fraktion richtig und sinnvoll.

Rückblickend würde man häufig vieles anders machen. Die gemachten und von den Vorrednern angesprochenen Fehler sind tempi passati, man muss nun vorwärtsschauen. Mit dem Entgegenkommen des Regierungsrats, welcher der VGK Mitspracherecht eingeräumt hat, funktionierte dies auch sehr gut. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es sich um eine gute Strategie handelt, die weiterverfolgt und unterstützt werden kann.

Urs Roth (SP) kann es auch nicht lassen, noch zwei, drei Bemerkungen zu machen. Das KSBL ist – unbestritten – in einer schwierigen Situation, deshalb ist es eine notwendige Massnahme, der Strategie in ihren Grundzügen zuzustimmen. Der Redner persönlich ist nicht gegen eine Kooperation, auch nicht mit Privaten. Der heutige Stand entspricht einer Absichtserklärung. Es sind sehr viele Fragen offen, beispielsweise bezüglich der Bedarfssituation oder der Ausgestaltung der Kooperation. Der Landrat, wie schon Marc Scherrer gesagt hat, muss den Prozess auch weiterhin begleiten können.

Die Umwandlung der Darlehen ist auch unabhängig von der Strategie notwendig. Peter Brodbeck hat den Ursprung der Darlehen gut dargestellt. Das KSBL musste ausserordentliche Abschreibungen in der Höhe von CHF 45 Mio. bis CHF 50 Mio. im Immobilienbereich tätigen. Dies waren Erodierungen des Eigenkapitals, die nun diesen Schritt notwendig und unabwendbar machen. Es gibt noch weitere andere Faktoren, wie Asbestsanierungen etc.

Ob die notwendige Strategie eine hinreichende Massnahme ist, ist eine andere Frage. Der Redner

glaubt, dass es auch auf der operativen und personellen Ebene eine Stabilisierung des Spitals braucht. Die Strategie alleine wird dies nicht schaffen.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) hat in allen Voten erkannt, dass das Verständnis für die Dringlichkeit und die Wichtigkeit der Vorlage vorhanden und unbestritten ist; und dies wesentlich tiefer, so darf man behaupten, als es bei andern Vorlagen der Fall ist – und zwar auf allen Stufen. Es ist eine Verantwortung, die man wahrnehmen muss – alle in ihren jeweiligen Rollen (der Landrat als Gesetzgeber, die Regierung als Eignervertreter, der Verwaltungsrat als strategisches Führungsorgan, die Geschäftsleitung als operatives Organ im Unternehmen). Die Verantwortung besteht aus verschiedenen Elementen. Das Unternehmen hat einen finanztechnischen Wert. Es besteht aber vor allem auch aus 3500 Mitarbeitenden, welche die Sicherheit haben müssen, dass es weitergeht – und zwar nicht an die Wand, sondern in einer Weise, dass mittel- und langfristig Optionen sichtbar werden. Die Regierung hat sich – unabhängig und sehr kontrovers – von drei Zeithorizonten in ihren Zielsetzungen leiten lassen.

Heute (was wörtlich gemeint ist) soll das KSBL stabilisiert werden. Es sollen die nötigen Sanierungsschritte eingeleitet werden. Morgen (auf die mittlere Frist) sollen die Weichen für ein erfolgreiches KSBL gestellt werden; damit es flexibel und mit Optionen in alle Richtungen agieren kann. Übermorgen (längerfristig) soll der gesundheitspolitische Handlungsspielraum (auf einen Zeitraum von 10, 15 oder 20 Jahren) gewahrt werden; dies eventuell mit ganz andern regulatorischen und technologischen Voraussetzungen. Das bedeutet, dass man eben auch für die Region denken muss – Stichwort «Baselland hat Land» – und beispielsweise die raumplanerischen Möglichkeiten nutzen sollte: Man soll geeignete Areale anschauen, um ein Unispital Nordwest anzusiedeln, das grösser ist als das angedachte. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass die junge Generation, die zum Glück auch im Rat vertreten ist (die Kinder der Ü50er), in Sachen Distanzen eine ganz andere Auffassung haben wird. Sodass es auch für die Städterinnen und Städter nicht mehr ganz undenkbar ist, in ein gemeinsames Uni-Spital jenseits der Kantons Grenzen zu gehen. Diese Option will man nicht verbauen, indem man irgendwo einen grossen Klotz «hinbetoniert»; der vielleicht realisierbar ist, mit grosser Wahrscheinlichkeit aber mit Einsprachen bekämpft werden könnte. Es ist also sehr wichtig, diese Optionen offen zu halten.

Ein Wort noch, warum ein Plan B in dieser Tiefe nicht schon im Februar vorgelegen ist: Wenn man sich in einem Fusions- und Verhandlungsprozess eines öffentlichen Unternehmens befindet, das extrem im Fokus steht, und parallel dazu Geheimpläne ausarbeitet, kann man ja ausrechnen, wie der Fusionspartner sich brüskiert fühlt. Das würde in einer Abstimmung oder einer öffentlichen Debatte ein Erdbeben auslösen. Man muss also realistisch bleiben: Der VR hat im Auftrag der Regierung die Optionen entworfen und pflicht- und zeitgerecht vertieft. Die Regierung hat sie in diesem Prozess bewertet. – Es ist für das Vertrauen in den zustimmenden Voten zu danken, speziell der VGK, die sich in der beratenden Phase in einem ausserordentlichen Prozess in einer ausserordentlichen Tiefe und kontrovers in das Geschäft eingearbeitet hat; immer in einer sauberen Rollenteilung, quasi im Sinne einer Aktionärsvertretung. Ein Dank geht an die Regierungskolleginnen und -kollegen. Es wurde viel Zeit der anderen Direktionen beansprucht. Das war aber auch nötig – es war wichtig, dass man sich für die im Moment beste Lösung durchringt. Diese Lösung liegt jetzt auf dem Tisch, kann umgesetzt werden – und lässt doch auch Flexibilität zu.

Ein Wort auch ans Laufental: Der Redner hat hohe staatspolitische Anerkennung für den Weg, den die dortige Verhandlungsdelegation mit dem Spital und der VGD gegangen ist – und dass sie damit am Laufentaltag durchgedrungen ist, dass ein regionales Gesundheitszentrum die mehrheitsfähige Lösung ist. Das war ein grosser Schritt; dafür gebührt ebenfalls Dank. Der Dank geht an alle 90 Landrätinnen und Landräte im Saal für diese Übernahme der Verantwortung.

://: Eintreten ist unbestritten.

- *Detailberatung Landratsbeschluss in der ergänzten Fassung der Kommission*

Keine Wortmeldungen.

- *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

- *Schlussabstimmung*

://: Mit 87:0 Stimmen wird dem modifizierten Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Kantonsspital Baselland (KSBL): Weiteres Vorgehen nach Ablehnung des Staatsvertrags zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Universitätsspital Nordwest AG (USNW AG) und Wandlung der beiden Darlehen

vom 28. November 2019

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, zur Umsetzung der kommunizierten KSBL-Strategie «Fokus» inkl. Angebots- und Betriebsstandortkonzeption, die zwei rückzahlbaren Darlehen an das Kantonsspital Baselland in der Höhe von insgesamt CHF 152'883'480.00 bedarfsge recht in eine Beteiligung am selbigen zu wandeln.*
 - 2. Auf die Darlehenszinsen in der Höhe von CHF 19,7 Mio. verteilt über 20 Jahre wird verzichtet.*
 - 3. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Finanzreferendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b KV.*
-